

Interpellation Eberhard-St.Gallen (31 Mitunterzeichnende):
«Lehrplan 21 – transparent informieren, Bevölkerung einbeziehen!»

Seit einiger Zeit treibt die Deutschschweizer EDK die Vorbereitungen für die Ausarbeitung eines neuen, koordinierten Lehrplans für die Volksschule in den 21 Deutschschweizer Kantonen voran, den so genannten «Lehrplan 21». Dieser soll zusammen mit dem HarmoS-Konkordat die Grundlage für eine minimale Vereinheitlichung und Koordination der Volksschule in der Schweiz bringen. Die Westschweizer Kantone kennen bereits seit längerem einen analogen gemeinsamen Lehrplan.

Aktuell läuft in den beteiligten Kantonen die Vernehmlassung zu den «Grundlagen für den Lehrplan 21». Die Kantone haben bis Ende Mai Zeit, Stellung zu nehmen. Für den Kanton St.Gallen wird dies der Erziehungsrat tun. Das Bildungsdepartement des Kantons St.Gallen hat die Parteien, den Verband der St.Galler Volksschulträger, den KLV, den VPOD sowie die Pädagogischen Kommissionen und die Stufen- und Fachkonvente eingeladen, bis Ende April zu Händen des Erziehungsrates Stellung zu nehmen.

Das Projekt wird bis jetzt insgesamt weder in den betroffenen Kreisen der Lehrpersonen noch in der Politik, geschweige denn in der Öffentlichkeit diskutiert. Zudem wurden keine Elternorganisationen mit in die Vernehmlassung einbezogen. Diese Umstände geben zu denken. Dies umso mehr, als die einzige ansatzweise Berichterstattung zum Projekt in den Medien einzig und allein darauf zurück geht, dass die SVP den Lehrplan 21, nachdem sie mit ihrem Widerstand gegen HarmoS scheiterte, bereits zum nächsten bildungspolitischen Kampffeld auserkoren hat. Wenn die EDK und die involvierten Gremien ihre Informationspolitik nicht grundlegend ändern, transparent informieren und die Bevölkerung frühzeitig in die Meinungsbildung mit einbeziehen, droht dasselbe Debakel wie bei HarmoS: Der Lehrplan 21 droht zum Spielball emotionaler Parteipolitik zu werden. Dies würde nicht nur Verunsicherung, sondern auch zusätzliche Kosten nach sich ziehen. Das darf nicht geschehen.

Nicht akzeptabel ist zudem, dass sich der Kanton St.Gallen zwar den vierthöchsten Finanzierungsbeitrag aller Kantone an das Projekt leistet, jedoch nicht in den entscheidenden Arbeitsgruppen zur Erarbeitung der Fachbereichslehrpläne vertreten sein soll, wie sich dies abzeichnen droht. Wir erwarten und fordern vom Bildungsdepartement, dass es die Mitarbeit des Kantons St.Gallen in den Arbeitsgruppen zur Ausarbeitung der Fachbereichslehrpläne einfordert und sichert, und zwar nicht nur expertenseitig, sondern auch seitens geeigneter Vertreter von Elternorganisationen.

Angesichts dieser Ausgangslage bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was gedenkt die Regierung zu unternehmen, um eine transparente Information und den Einbezug der Bevölkerung in den weiteren Meinungsbildungsprozess zu den Harmonisierungsbemühungen im Volksschulbereich im Allgemeinen und zum Lehrplan 21 im Speziellen zu gewährleisten?
2. Was gedenkt die Regierung zu unternehmen, um die oben genannte angemessene Vertretung des Kantons St.Gallen bei der Ausarbeitung des Lehrplans und insbesondere in den Arbeitsgruppen zur Ausarbeitung der Fachbereichslehrpläne zu erreichen?»

20. April 2009

Eberhard-St.Gallen

Bärlocher-Bütschwil, Bischofberger-Thal, Bollhalder-St.Gallen, Boppart-Andwil, Breitenmoser-Waldkirch, Dobler-Oberuzwil, Dudli-Grabs, Eugster-Wil, Frei-Diepoldsau, Göldi-Gommiswald, Gubser-Oberhelfenschwil, Hasler-Widnau, Heim-Gossau, Hug-Muolen, Imper-Mels, Jud-Schmerikon, Kühne-Flawil, Lehmann-Rorschacherberg, Lorenz-Wittenbach, Noger-St.Gallen, Ritter-Altstätten, Roth-Amden, Scheitlin-St.Gallen, Schneider-Rüthi, Stadler-Kirchberg, Storchenegger-Jonschwil, Trunz-Oberuzwil, Würth-Goldach, Würth-Rapperswil-Jona, Zoller-Sargans, Zünd-Oberriet